

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE und  
der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/1816**

### **Einsetzung einer Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“**

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Drucksache 17/1816, den der Landtag in seiner Sitzung am 9. März 2022 beschlossen hat, wie folgt zu ergänzen:

In Abschnitt III wird folgende Nummer 5 angefügt:

„5. Ein fünftes Handlungsfeld nimmt den Bildungsbereich in den Blick. In der Coronapandemie wurde besonders offenbar, wie vulnerabel Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in gesellschaftlichen Krisensituationen sind. Als Orte, an denen die Persönlichkeit von jungen Menschen maßgeblich geprägt wird, stehen Bildungsinstitutionen in besonderer Verantwortung, zur Entwicklung mündiger und krisenfester Bürgerinnen und Bürger beizutragen. Die Enquetekommission soll Handlungsempfehlungen entwickeln, die geeignet sind,

- a) Kindertagesstätten in ihrer Funktion, frühkindliche Gemeinschafts- und Wertebildung zu vermitteln, zu stärken;
- b) Schulen als Orte des gemeinschaftlichen Lernens auch in Krisenzeiten zu erhalten;
- c) effektives Lernen auch unter erschwerten Umständen zu ermöglichen;
- d) Bildung als Schlüssel zur Entwicklung resilienter Persönlichkeiten produktiv zu machen;
- e) Vereinsamung von Studierenden zu verhindern;
- f) individuelle Potenziale zu nutzen und Bildungseinrichtungen als einfühlsame Institutionen zu stärken;
- g) Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen auf Krisensituationen vorzubereiten;

h) die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren im Bildungsbereich zu verbessern.“

12.9.2022

Stoch, Binder, Wahl, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Fulst-Blei  
und Fraktion

#### Begründung

Im Rahmen der ersten öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ am 24. Juni 2022 wurde von eingeladenen Sachverständigen ihr Unverständnis darüber geäußert, dass Bildungspolitik kein eigenes Handlungsfeld der Enquetekommission ist. Diesem identifizierten Mangel soll der Antrag entgegenwirken.

Die Coronapandemie hat den Handlungsbedarf an Bildungsinstitutionen besonders dringlich erscheinen lassen. Sowohl an Schulen als auch an Hochschulen hat sich ein erheblicher Mangel hinsichtlich guten Krisenmanagements gezeigt. Sowohl Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende und Dozierende haben sich vielfach von den Maßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt gefühlt. Da eine gelungene Bildungspolitik maßgeblich dazu beitragen kann, eine krisenfeste Gesellschaft zu entwickeln, bedarf es einer expliziten Einbeziehung der Bildungspolitik in die Arbeit der Enquetekommission durch Erweiterung des Einsetzungsbeschlusses. Insbesondere genügt eine periphere Behandlung der Situation von Schülerinnen und Schülern als vulnerable Gruppe im Kontext des Themenfelds 3 nicht. Vielmehr muss Bildungspolitik umfassend und systematisch in all ihren Facetten auf ihre Krisenfestigkeit hin untersucht werden.